

Die GRÜNEN laden ein zum gemeinsamen Gespräch

Henry Malonn und Melanie Waldmann folgen der Einladung der Abgeordneten

Die dringend erforderliche Überarbeitung der Personalbemessungsgrundlage und Gründe für die teilweise nicht fristgerechte Vollzugsplanerstellung sind nur zwei der Themen, die Henry Malonn und Melanie Waldmann am 12.06.2025 mit den Abgeordneten Jan Kürschner und Michael Brandt (Die GRÜNEN) auf deren Einladung im Landeshaus erörterten.

Nach den Gründen für die verzögerte Erstellung von Erstvollzugsplänen fragt Jan Kürschner, der neben seiner Abgeordnetentätigkeit auch als Rechtsanwalt in Strafsachen und im Anstaltsbeirat der JVA Lübeck tätig ist. Die BSBD Vertreter wiesen auf die ständig wachsenden Anforderungen an eine den wissenschaftlichen Standards genügende Vollzugsplanung bei gleichzeitiger Stagnation der Personalbemessung hin. Auf den Aufnahmeabteilungen bedarf es mehr VAL's und besserer Steuerungsmaßnahmen. Nicht nur auf den Aufnahmeabteilungen ist die Überlas-



V.l.n.r.: Jan Kürschner, MdL, Henry Malonn, Melanie Waldmann (beide BSBD), Michael Brandt, MdL

tung der Vollzugsabteilungsleitungen ein Problem, das der BSBD verstärkt angehen wird. Auch wegen der vom BSBD begrüßten Teilumwidmung der JAA Moltsfelde für den Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen ist verstärkte Personalgewinnung erforderlich: Die benötigten Stellen sollten jetzt schon im kommenden Landeshaushalt veranschlagt werden, sodass frühzeitig Einstellungen erfolgen können. Das für Moltsfelde benötigte Personal soll zunächst im Rahmen von Abordnungen aus anderen JVAen kommen- die Lücken müssen aus Sicht des BSBD aber frühestmöglich kompensiert werden. Die Abgeordneten teilen diese Position.

Michael Brandt, MdL, ist fraktionsintern für den öffentlichen Dienst zuständig und stellte sich den Anregungen, das Laufbahnsystem im Bereich Justizvollzug durchlässiger zu gestalten. Es braucht bessere Aufstiegsmöglichkeiten zwischen dem „mittleren“-, dem „gehobenen“- und dem „höheren“ Dienst, um die Berufe in den JVAen für qualifiziertes Personal attraktiv zu gestalten. Die Dienstposten der Verwaltungsdienstleitungen könnten z.B. „Verzahnungsämter“ vom „gehobenen“- in den „höheren“ Dienst werden.

Weiteres Thema des Gespräches: Die steigende Zahl psychisch auffälliger Gefangener. Die Abgeordneten zeigten sich offen für Lösungsvorschläge: In den JVAen muss mehr psychiatrisches Personal tätig werden, um der Entwicklung zu begegnen. Die BSBD Vertreter verdeutlichten, dass die Ressortbündelung im Ministerium für **Justiz und Gesundheit** eine Chance sein könnte, eine bessere psychiatrische Versorgung der Gefangenen zu gewährleisten und einzelne stark psychisch Kranke Inhaftierte leichter extramural in psychiatrischen Einrichtungen unterzubringen.